

172

Ministerratssitzung

Beginn: 9 Uhr 10

Dienstag, 8. September 1953

Ende: 9 Uhr 50

Anwesend: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stv. Ministerpräsident und Innenminister Dr. Hoegner, Kultusminister Dr. Schwalber, Finanzminister Zietsch, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Arbeitsminister Dr. Oechsle, Staatssekretär Dr. Nerreter (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Oberländer (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Koch (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Brenner (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Guthsmuths (Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr), Ministerialdirektor Schwend (Bayer. Staatskanzlei), Dr. Baumgärtner (Bayer. Staatskanzlei).

Entschuldigt: Justizminister Weinkamm, Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl, Staatssekretär Dr. Ringelmann (Finanzministerium), Staatssekretär Maag (Landwirtschaftsministerium), Staatssekretär Krehle (Arbeitsministerium).

Tagesordnung: I. Personalangelegenheiten. II. [Fürsorge für Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone]. [III. Künftige Verwendung des Stabsgebäudes und des Wirtschaftsgebäudes der ehem. Max-Emanuel-Kaserne in Ingolstadt]. [IV. Regelung des Samstag-Ladenschlusses]. [V. Veranstaltungen].

I. Personalangelegenheiten

Amtszeitverlängerung des Direktors des Bayer. Geologischen Landesamts Dr. Heinrich Arndt¹

Der Ministerrat stimmt der von Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr beantragten Verlängerung der Amtszeit des Direktors des Bayer. Geologischen Landesamtes Dr. Heinrich Arndt bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres, d.h. bis 31. Oktober 1954 zu.

Der Ministerrat stellt hierzu fest, daß es sich um eine letztmalige Verlängerung handelt und daß einem weiteren Verlängerungsantrag über das 67. Lebensjahr hinaus nicht mehr stattgegeben werden könnte.

II. Fürsorge für Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone

Ministerpräsident Dr. Ehard gibt den Inhalt des Schnellbriefes des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen vom 22. August 1953 bekannt und stellt hierzu fest, daß die Angaben dieses Schnellbriefes sehr allgemeiner Art seien. Bei dieser Sachlage sei es wohl schwer, zu den Anregungen konkret Stellung zu nehmen.

Staatsminister Dr. Schwalber weist darauf hin, daß die staatlichen Museen und Sammlungen an den Sonntagen frei zugänglich seien und daß diese Regelung wohl auch den Belangen der Besucher aus der Ostzone genügen dürfte. Was die Ausgabe² von Freikarten oder ermäßigten Karten für die Staatstheater betreffe, so bestünden hiergegen schwerste Bedenken. Einerseits müsse er im Landtag über die Wirtschaftsführung der Staatstheater immer genaue Rechenschaft ablegen, andererseits bestehe überhaupt keine Kontrollmöglichkeit, daß³ verbilligte Karten auch tatsächlich den Besuchern aus der Ostzone zugute kämen und nicht irgendwie verkauft würden.

Der Ministerrat beschließt, daß der Schnellbrief des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen durch ein Schreiben beantwortet werden soll, in welchem auf die in Bayern bestehende Regelung betreffend den freien Eintritt in die staatlichen Sammlungen hingewiesen wird. Im übrigen soll in diesem Schreiben ausgeführt

¹ Vgl. *Protokolle Ehard* III Bd. 2 Nr. 122 TOP II/3. – Biogramm: arndtheinrich_39341

² Hier hs. Änderung vm ORR Kellner im Registraturexemplar; die ursprüngliche Formulierung hatte gelautet: „Bewilligung“ (StK-MinRProt 21).

³ Hier fehlt in der Folge das im Registraturexemplar von ORR Kellner hs. gestrichene Wort „allenfalls“ (StK-MinRProt 21).

werden, daß bisher in Bayern ein Bedürfnis für besondere Maßnahmen in der vom Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen vorgeschlagenen Richtung nicht erkennbar geworden ist.

[III.] Künftige Verwendung des Stabsgebäudes und des Wirtschaftsgebäudes der ehem. Max-Emanuel-Kaserne in Ingolstadt⁴

Der Ministerrat erteilt die formelle Zustimmung zu der vom Staatsministerium der Finanzen vorgeschlagenen Veräußerung des Stabsgebäudes und des Wirtschaftsgebäudes der ehem. Max-Emanuel-Kaserne in Ingolstadt an die Firma Pharmabit GmbH.⁵

[IV.] Regelung des Samstag-Ladenschlusses⁶

Ministerpräsident Dr. Ehard weist darauf hin, daß die Sache auf die Staatsregierung wieder zukomme, weil das vorläufige Abkommen zwischen den Angestelltenverbänden, dem Einzelhandelsverband und der Firma Brenninkmeyer demnächst ablaufe.⁷

Staatsminister Dr. Oechsle erklärt hierzu, am 14. und 15. September 1953 finde eine Tagung der Arbeitsminister der Länder statt. Bei dieser solle auch die Frage des Samstag-Ladenschlusses besprochen werden. Es sei bei der gegebenen Lage wohl nicht damit zu rechnen, daß der von den Angestelltenverbänden erstrebte Ladenschluß am Samstag um 14.00 Uhr sich werde durchsetzen lassen.

Staatsminister Dr. Oechsle kommt in diesem Zusammenhang auf die ständige Ausdehnung der Sonntagsverkaufszeiten zu sprechen, welche die evangelische Landeskirche bereits zu einem Protest veranlasst habe. Für diese Sache sei die Zuständigkeit des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr gegeben.

Staatsminister Dr. Seidel erklärt, er werde sich der Angelegenheit annehmen.⁸

[V.] Veranstaltungen

Auf Vorschlag von Herrn Stv. Ministerpräsidenten Dr. Hoegner wird vereinbart, daß Ministerpräsident Dr. Ehard am 18. September 1953, 19 Uhr 30, in der Staatskanzlei über seine Amerikareise berichtet.⁹

Ferner wird beschlossen, die Besichtigung der Münchner Wasserversorgung durch das Kabinett, zu welcher Oberbürgermeister Wimmer eingeladen hat, für Freitag, den 25. September 1953 in Aussicht zu nehmen.¹⁰

Bei der am 13. September 1953 stattfindenden Veranstaltung des Landesrats für Freiheit und Recht¹¹ wird Stv. Ministerpräsident Dr. Hoegner, bei dem am 19. und 20. September 1953 stattfindenden Deutschen Drogistentag Staatsminister Dr. Oechsle die Staatsregierung vertreten.¹²

4 S. StK 14667; MELF 5434. Für das leerstehende Gebäude der Max-Emanuel-Kaserne in Ingolstadt hatten Bedarf angemeldet die Stadt Ingolstadt für die Errichtung einer Volksschule, der Landkreis Ingolstadt für die Errichtung einer Landwirtschaftsschule sowie das Arzneimittelunternehmen Pharmabit für die Einrichtung einer Fabrikationsanlage.

5 Zum Fortgang s. Nr. 173 TOP VI.

6 Vgl. Nr. 161 TOP VIII u. die Stellungnahme von StM Hoegner vor Eintritt in die Tagesordnung im Ministerrat vom 7.7.1953 (Nr. 163).

7 S. . Vgl. auch die Vormerkung von MinRat Gumpfenberg betr. Ladenschluß in München, 24.8.1953 (StK 14543).

8 Das vorliegend erwähnte Schreiben der Landeskirche vom 15.8.1953 in den einschlägigen Akten nicht ermittelt; s. aber das Antwortschreiben (Abdruck) von StM Seidel an den Evang.-Luth. Landeskirchenrat, 30.10.1953. Darin begrüßte es der bayerische Wirtschaftsminister, „daß der Landeskirchenrat die Frage der Offenhaltung der Geschäfte an Sonn- und Festtagen vom kirchlichen Standpunkt aus aufgegriffen“ habe und teilte dessen „Auffassung, daß die zunehmende Kommerzialisierung des Weihnachtstages eine bedauerliche Entwicklung ist. Sie stellt allerdings eine Realität dar, die nicht so ohne weiteres aus der Welt zu schaffen sein dürfte.“ In seinen weiteren Ausführungen verwies StM Seidel auf die stetig wachsende Kaufkraft einer zunehmend anspruchsvoller werdenden Konsumentenschaft, auf die enorme Bedeutung des Weihnachtsgeschäftes für den Gesamtumsatz des Einzelhandels sowie auf die Tatsache, daß es sich bei den verkaufsoffenen Sonntagen vor Weihnachten um keine Neuerung, sondern „um eine seit langem bestehende Tradition“ handle, „die aus einer Zeit stammt, in der das Weihnachtsgeschäft im wesentlichen von der gehobenen, begüterten Schicht getragen wurde.“ Abschließend äußerte StM Seidel gegenüber dem Landeskirchenrat die Hoffnung, daß die Frage der offenen Sonntage im Rahmen einer künftigen Bundesgesetzgebung einheitlich geregelt werde und gab die Zusicherung ab, daß das StMI bei Ausnahmegenehmigungen betreffend verkaufsoffene Sonntage weiterhin behutsam verfahren werde (MInn 92140). Zum Fortgang s. Nr. 178 TOP X; in thematischem Fortgang – betr. die Sonntags-Ladenschlußregelung – s. Nr. 175 TOP VII.

9 Vgl. die Äußerung von Stv. MPr. Hoegner im Ministerat vom 16.6.1953 (Nr. 160) vor Eintritt in die Tagesordnung. Zum Fortgang s. Nr. 174 TOP IX.

10 Zum Fortgang hierzu s. Nr. 174 TOP X u. Nr. 175 TOP XI.

11 Der Bayer. Landesrat für Freiheit und Recht war eine Organisation der nichtkommunistischen politisch, religiös und rassistisch Verfolgten, die als Gegenpol zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) gegründet worden war.

12 Vgl. SZ Nr. 217, 21.9.1953, „Des Drogeristen Dienst und Verdienst“.

Ministerpräsident Dr. Ehard gibt abschließend bekannt, daß er den nächsten Ministerrat voraussichtlich auf Mittwoch verlegen müsse, da er Anfang der Woche nach Bonn fahren werde.

Der Bayerische Ministerpräsident
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Protokollführer des Ministerrats
In Vertretung
gez.: Hans Kellner
Oberregierungsrat

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei
gez.: Karl Schwend
Ministerialdirektor